

John Helmer: Putins Vertrauenskrise?

Folge mir: Substack: [https://substack.com/@dialogueworks?](https://substack.com/@dialogueworks?utm_campaign=profile&utm_medium=profile-page)

utm_campaign=profile&utm_medium=profile-page X (Twitter): https://x.com/Dialogue_NRA

Patreon: [https://patreon.com/Dialogueworks?](https://patreon.com/Dialogueworks?utm_medium=unknown&utm_source=join_link&utm_campaign=creatorshare_creator&utm_content=)

utm_medium=unknown&utm_source=join_link&utm_campaign=creatorshare_creator&utm_content=

#Nima

Hallo zusammen, heute ist Dienstag, der neunte Juni zweitausendsechszwanzig, und unser lieber Freund, unser Bruder John Helmer ist bei uns. Willkommen zurück, John.

#John

Danke, dass ich wieder hier sein darf. Schön, hier zu sein.

#Nima

John, lass uns mit deiner etwas anderen Sicht auf das beginnen, was gerade mit Wladimir Putin passiert. Du hast mir gesagt, dass Putin mit einer Art Vertrauenskrise zu tun hat. Was genau meinst du damit? Und wie verstehst du die aktuelle Lage im Krieg in der Ukraine – und warum beschreibst du sie so? Wir wissen, auf der einen Seite hat Wladimir Putin seine eigenen Leute, zum Beispiel Kirill Dmitriew. Ich weiß nicht, ob es derzeit irgendwelche Verhandlungen zwischen den beiden Seiten gibt, aber falls ja, wäre er dafür verantwortlich. Und auf der anderen Seite haben wir Lawrow, der seine eigene Sicht auf die Dinge hat. Aber bevor wir darauf eingehen – wie verstehst du, was gerade mit Wladimir Putin passiert, und wie er selbst den Krieg sieht?

#John

Danke für die Frage. Zuerst einmal: Das ist nicht meine Interpretation. Ich versuche, möglichst genau wiederzugeben, was meine Quellen aus verschiedenen Bereichen der Regierung und der Politik in Moskau denken. Immer öfter sagen sie auch offen, was sie wirklich denken. Fangen wir also ganz grundsätzlich mit der öffentlichen Meinung an. Der Angriff auf das Wohnheim in Starobelsk, bei dem einundzwanzig junge Frauen und ihre Lehrerinnen getötet und mehr als vier weitere verletzt wurden, hat – nach ukrainischer Einschätzung – die Vorstellung ausgelöst, dass die öffentliche Meinung in Russland dem Präsidenten gegenüber weniger unterstützend werden könnte. Man rechnet damit, dass das Vertrauen in Putin weiter sinkt, je näher die Wahl rückt. Die Wahl soll Mitte September über mehrere Tage hinweg stattfinden.

Bis zum einundzwanzigsten September werden wir eine neue Zusammensetzung im Parlament haben. Und die Unterstützung für die Oppositionsparteien – also die Kommunistische Partei, die Liberaldemokratische Partei und andere – wächst auf Kosten der Regierungspartei. Wenn wir uns die öffentliche Meinung anschauen, dann ist im Grunde das Gegenteil von dem passiert, was die Ukraine erwartet hatte. Tatsächlich zeigen die neuesten Umfragen des Lewada-Zentrums, die zwischen dem zwanzigsten und achtundzwanzigsten Mai durchgeführt wurden, eine wachsende Unterstützung in der Bevölkerung für eine Eskalation gegen das ukrainische Regime und den Versuch, den Krieg schnell zu beenden. So denkt die öffentliche Meinung. Auf der anderen Seite haben wir Präsident Putin, der erklärt hat, dass seine Vergeltung nach Starobelsk den Airshnik betraf. Aber was hat Präsident Putin auf seiner Pressekonferenz gesagt? Er hat das Ganze heruntergespielt.

Er hat heruntergespielt, was die öffentliche Meinung von ihm wollte. Warum? Er sagte, der Airshnik habe nichts gezielt angegriffen – keine Entscheidungszentren, keine systematische oder konsequente Eskalation gegen ukrainische Entscheidungsstrukturen, Kommandos oder militärische Führung. Stattdessen, so sagte er, sei der Airshnik abgefeuert worden, um mit mathematischer Präzision zu testen, wie die Sprengköpfe auf die Ukraine wirkten. Mit anderen Worten: Er hat das heruntergespielt, was die öffentliche Meinung eigentlich erreichen wollte. Das ist der Airshnik. Schauen wir uns ein paar andere Beispiele an. Die öffentliche Meinung – das bin nicht ich. Ich habe seit Jahren berichtet, was die russischen Oligarchen getan haben, um Russlands Kontrolle über die eigenen Ressourcen zu schwächen. Die öffentliche Meinung ist da ganz eindeutig: Die Russen hassen die Oligarchen. Verstanden? Sie unterstützen die russische Armee.

Die stabile öffentliche Unterstützung für Präsident Putin hängt eng mit den Erfolgen der russischen Armee auf dem Schlachtfeld zusammen, richtig? Aber die Oligarchen werden als Feinde gesehen. In den letzten Tagen hat sich das noch verstärkt – die russische Öffentlichkeit nimmt eine zunehmende Eskalation des Krieges durch die Vereinigten Staaten und die NATO-Staaten wahr. Wenn die Oligarchen also so gesehen werden, mit so viel Misstrauen in der öffentlichen Meinung, dann erzähle ich hier nichts Neues. Aber warum hat Präsident Putin dann einen Oligarchen, nämlich Roman Abramowitsch, geschickt, um mit dem Selenskyj-Regime, mit Selenskyj selbst, zu verhandeln? Warum hat er das getan?

Er hat es vor ein paar Tagen auf einer Pressekonferenz anders erklärt, am Ende der letzten Woche, in Sankt Petersburg. Er hat Abramowitsch nicht namentlich erwähnt – das sollten die Ukrainer tun. Aber Präsident Putin sagte, der Geschäftsmann, der hingegangen ist, sei vertrauenswürdig und ehrenhaft. Nun, in der russischen Öffentlichkeit denkt niemand so über Roman Abramowitsch. Als Selenskyj die Einzelheiten der Verhandlungen mit Abramowitsch berichtete, wurde klar, dass Abramowitsch ein Mandat des Präsidenten hatte, um über verschiedene Punkte zu verhandeln. Selenskyj hat sie alle abgelehnt und Abramowitsch dann in eine Art Bumerang verwandelt – in einen Angriff auf Präsident Putin und auf die russische Verhandlungsstrategie.

Die ganze Episode erinnert – und sollte auch erinnern – und sie erinnert tatsächlich viele Russinnen und Russen, Analysten und Leute wie mich als Reporter. Und wenn das unser Publikum überrascht, dann muss es verstehen, dass Russen die Dinge anders sehen. Abramowitsch bekam von Präsident Putin die Hauptrolle bei den ursprünglichen Verhandlungen in Istanbul im März und April zweitausendzweiundzwanzig. Die Türken behandelten Abramowitsch im Verhandlungsraum, als hätte er einen höheren Rang als die offizielle russische Delegation. Abramowitsch ist als Unterhändler im Auftrag des russischen Staates gescheitert. Es ist offensichtlich, dass er in Wirklichkeit für sich selbst verhandelt hat – um sich und sein Vermögen in den Vereinigten Staaten vor Sanktionen zu schützen. Es gibt kein öffentliches Vertrauen in Abramowitsch. Also, warum wurde er überhaupt geschickt?

Das kann nicht Abramowitschs eigene Initiative gewesen sein. So etwas passiert in der Politik, in der Diplomatie, einfach nicht. Aber Abramowitsch ist nicht der einzige Oligarch, den der Präsident einsetzt. Kirill Dmitriew – du hast ihn erwähnt, Nima. Wer bezweifelt, dass es eine Vertrauenskrise bei Präsident Putin gibt, sollte sich fragen: Wie viel Vertrauen habt ihr, die Zweifler, eigentlich in Dmitriew? Dmitriew sagt, er telefoniere ständig mit Witkoff und Jared Kushner, um zu verhandeln. Man muss nur auf Dmitriews Twitter-Account gehen. An manchen Tagen veröffentlicht er fast jede Stunde einen neuen Tweet. Im Moment ist er überzeugt, dass die britische Regierung kurz vor dem Zusammenbruch steht und es in Großbritannien eine Revolution geben wird. Und er glaubt, dass in Deutschland dasselbe passiert.

Sein Verständnis von Europa ist völlig fehlgeleitet. Aber lassen wir das mal beiseite. Seine eigentliche Rolle ist es, die Interessen der russischen Oligarchen im Auftrag von Präsident Putin zu vertreten – und zwar in direkten Verhandlungen mit Trump, mit Witkoff. Witkoff und Kushner rufen dann, nachdem sie mit Dmitriew telefoniert haben, Selenskyj an. Das alles ist öffentlich bekannt. Ich erfinde das nicht. Und da stellt sich die Frage – und das ist die eigentliche Vertrauenskrise. Erstens: Was ist erreicht, wenn Präsident Putin Oligarch Nummer eins nach Kiew schickt? Nichts. Im Gegenteil, es ist negativ. Es untergräbt Putins Glaubwürdigkeit. Zweitens: Was bringt es, wenn Kirill Dmitriew mit den Amerikanern über die Ukraine verhandelt? Ich würde sagen, die russische Öffentlichkeit würde sagen, der Sicherheitsrat würde sagen, und wie Sie erwähnt haben, Außenminister Lawrow hat gesagt: Er hat nichts erreicht.

Also, lassen Sie mich diese etwas lange Antwort mit einem Verweis auf die sogenannte Anchorage-Formel abschließen. Und ich lade unser Publikum ein – besonders diejenigen, die bezweifeln, was ich hier berichte –, die Berichte von **Dances with Bears** zu lesen, die letzten beiden Artikel. Dort sieht man im Detail, was Putin, Lawrow, Dmitrijew und Abramowitsch, und sogar Selenskyj, sagen. Was meinte Präsident Putin also, als er neulich von der Anchorage-Formel sprach? Er sagte das auf der Konferenz in Sankt Petersburg – unter Applaus. Der Bericht des Kremls vermerkt Applaus, als er sagte: „Wir sind Donald dankbar“ – Präsident Putin nannte ihn beim Namen – „für seine Bemühungen seit Anchorage.“ Was war also die Anchorage-Formel, so wie Putin sie erklärt hat? Die Antwort: Putin ist der Ansicht, dass Präsident Trump angeboten und vorgeschlagen hat, die Vereinigten Staaten würden künftig die Sicherheit Russlands in Europa garantieren.

Das ist ein sehr großes Vorhaben. Präsident Putin hat im August daran geglaubt und nennt es die „Anchorage-Formel“. Das Weiße Haus hat diesen Begriff nie verwendet. Seitdem – was wurde erreicht? Welche Belege gibt es dafür, dass man Trump zutrauen kann, eine Sicherheitsgarantie für Russland in Europa zu liefern? Die Antwort lautet: Kein einziger russischer Entscheidungsträger, kein Regierungsvertreter, kein Geheimdienst, kein Generalstab und kein Militärplaner, den ich kenne – weder öffentlich noch privat – glaubt, dass die USA irgendetwas getan haben, wirklich gar nichts, um auch nur ansatzweise glaubwürdig zu wirken, wenn es um eine Sicherheitsgarantie für Russland in Europa geht. Stattdessen haben wir gesehen, wie Trump in Armenien weiter eskaliert. Trump hat die Wahl von Nikol Paschinjan unterstützt, dem Premierminister von Armenien, der am Sonntag mit fast fünfzig Prozent der Stimmen gewählt wurde.

Die westliche, antirussische Presse behauptet, Russland habe in diese Wahl eingegriffen. Dabei wird nicht erwähnt, dass Trump es getan hat. Ja, Russland wird bei der Wahl am Sonntag von zwei armenischen Parteien unterstützt, die gegen Paschinyans fünfzig Prozent antreten. Kotscharjan und Karapetjan haben zusammen etwa dreiunddreißig Prozent erreicht. Karapetjan liegt, soweit ich weiß, irgendwo in den Zwanzigern, Kotscharjan in den Zehnern – also ungefähr dreiunddreißig Prozent für die sogenannten russischen Parteien. Samwel Karapetjan hat in Moskau ein Milliardenvermögen gemacht, ist nach Armenien zurückgekehrt und steht derzeit unter Hausarrest. Das Wahlergebnis wurde manipuliert, daran besteht kein Zweifel, von den Amerikanern – und sie haben gewonnen. Für das armenische Volk hat Präsident Putin in mehreren langen, ausführlichen Reden in der vergangenen Woche eine Reihe wirtschaftlicher Anreize angeboten. Er hat dabei nicht erwähnt, was viele Russen, die ich kenne, für selbstverständlich halten: dass die USA versuchen, Armenien zu einer neuen Ukraine-Plattform zu machen, um Russland anzugreifen und die Russische Föderation vom Kaukasus aus zu zerschlagen.

Und wenn das noch nicht überzeugt, was Trumps eigentlicher Plan für Russland an der Südfront ist – du weißt es ganz genau, Nima, und auch unser Publikum weiß, was die USA im Süden Russlands mit Iran vorhaben. Wenn man den Iran-Krieg aus russischer Sicht betrachtet, dann geht es Trump nicht nur darum, das Regime im Iran zu stürzen, sondern Iran als unabhängigen Staat zu zerstören. Verstehst du? Also, wenn man glaubt – so wie es die russischen Oligarchen gerne glauben möchten, wie Kirill Dmitriev es betont und wie Präsident Putin selbst letzte Woche in Sankt Petersburg vor internationalen Geschäftsleuten gesagt hat –, dass er, Präsident Putin, und Russland überzeugt sind, Trump biete eine dauerhafte Sicherheitsgarantie für Russland in Europa in der Zukunft, dann muss man sich doch fragen: Was zeigen die Fakten? Sie zeigen genau das Gegenteil.

Also, was Außenminister Lawrow gesagt hat – und ich zitiere das jetzt, damit die Zweifler, die mir nicht glauben wollen, sich direkt an Außenminister Lawrow wenden können. Übrigens, Lawrow hat einen armenischen Vater und weiß sehr genau, wie die Dinge in Armenien laufen. Also, zitieren wir Lawrow, und dann halte ich den Mund. Zitat: Wenn wir, sagt Lawrow, am Montag über die Verhandlungen sprechen, die erst vor Kurzem, fast vor einem Jahr, im August zweitausendzwanzig in Anchorage stattfanden, dann hat Präsident Wladimir Putin, im Geist des Entgegenkommens, einen

ganz konkreten Vorschlag von Präsident Trump angenommen. So endeten die Verhandlungen. Ich hoffe sehr, dass sich die Erfahrungen früherer Fehlschläge, als der Westen sich weigerte, seine eigenen, von ihm selbst unterstützten Vereinbarungen einzuhalten, nicht im Zusammenhang mit dem Abkommen von Alaska wiederholen.

Aber hier liegt das Problem. Bisher, so sagt Lawrow leider, haben unsere amerikanischen Partner keinerlei Interesse daran gezeigt. Wir sind allerdings sehr besorgt über die Aussage von Außenminister Blinken, der kürzlich bei einer Anhörung im Kongress gesagt hat, die Vereinigten Staaten könnten nicht als Vermittler auftreten, weil sie die Ukraine unterstützen. Deshalb fällt es mir schwer, etwas zur Aussicht auf Verhandlungen zu sagen. Genau diese Formulierung hat übrigens auch Wassili Nebensja, der russische UN-Botschafter, in den letzten Stunden wiederholt. So ist die Lage. Wenn die Angelegenheit so öffentlich ist, wie Lawrow und Nebensja sie gemacht haben, dann gibt es keine sogenannte Anchorage-Formel. Und es gibt auch kein Vertrauen in die Amerikaner, dass sie – wie unter der Trump-Regierung – Russland in Europa eine Sicherheitsgarantie geben könnten.

Und wenn wir das Beispiel Armenien betrachten – also die Eskalation der USA an einer neuen Front, ganz abgesehen von der Wiederbewaffnung Deutschlands, der Stationierung von Atomwaffen in Finnland und so weiter – dann sind das noch nicht einmal alle US-Maßnahmen. Es gibt außerdem eine Vertrauenskrise, die Präsident Putin offenbar nicht wahrhaben will. Er versteht nicht, oder will es nicht öffentlich eingestehen, dass weder die öffentliche Meinung noch das Militär, der Sicherheitsrat oder das Außenministerium an die sogenannte Anchorage-Formel glauben. Keiner von ihnen hält es für patriotisch, national oder auch nur praktisch, Oligarchen mit Geschäftsinteressen in den Vereinigten Staaten für Russland verhandeln zu lassen.

#Nima

John, wissen wir, ob es innerhalb der Putin-Regierung irgendeinen Unterschied gibt – also zum Beispiel zwischen dem russischen Außenminister und vielleicht den Teilen der Regierung, die versuchen, irgendwie mit den Vereinigten Staaten zu verhandeln? Gibt es da irgendeine Art von Unterschied innerhalb der Regierung, und, ich weiß nicht, ob Lawrow vielleicht diese Haltung unterstützt? Du hast ja erwähnt, dass die Menschen in Russland von der Regierung fordern, den Krieg zu eskalieren und ihn auf dem Schlachtfeld zu beenden, statt zu verhandeln oder solche Gespräche zu führen. Wer unterstützt das eigentlich innerhalb der Putin-Regierung?

#John

Tut mir leid, das hab ich nicht ganz verstanden.

#Nima

Wer unterstützt eigentlich die Haltung, den Krieg auf dem Schlachtfeld zu gewinnen, statt mit der Biden-Regierung oder irgendjemandem aus dem Westen zu verhandeln?

#John

Also, zunächst einmal zeigt die neueste Meinungsumfrage...

#Nima

Nein, ich rede von den Leuten in der Regierung. Ich weiß, dass die Öffentlichkeit das unterstützt.

#John

Genau. Also, was man im Grunde genommen hat, ist folgendes: Rund um Präsident Putin gibt es, fraktionell gesehen, vor allem den Finanzminister Anton Siluanow, der jetzt für den Neujahrshaushalt verantwortlich ist. Russland arbeitet mit einem jährlichen Haushaltszyklus, genau wie die Vereinigten Staaten. Ich spreche da aus Erfahrung – ich war einmal Mitarbeiter im US-amerikanischen Office of Management and Budget, also im Haushaltsamt. Ich weiß also, wie dieser Zyklus funktioniert. Und im Grunde läuft er in jedem Land mehr oder weniger ähnlich ab. In den USA ist es jetzt so, dass wir auf die Herbstprüfung zusteuern. Das ist die Phase, in der die Vereinigten Staaten auf Ebene aller Behörden und des Haushaltsamts entscheiden müssen, welche Mittel im kommenden Jahr ausgegeben werden sollen.

Das ist ein sehr schwieriger Moment, und er fällt sowohl in Russland als auch in den Vereinigten Staaten in eine Wahlperiode, in der die Wählerinnen und Wähler den amtierenden Regierungen zunehmend kritisch gegenüberstehen. Was Siluanow also gerade offengelegt hat, bedeutet im Haushaltskontext Folgendes: Das Finanzministerium hat erklärt, dass es für das nächste Jahr, also für den kommenden Haushalt, eine Entscheidung geben muss – eine Entscheidung des Präsidenten. Entweder werden die Ausgaben für Verteidigung, Militär und Sicherheit erhöht, oder das Haushaltsdefizit wird verringert, indem die Militärausgaben gekürzt werden. Und wenn die russische Seite ihre Militärausgaben steigern will, dann muss das auf Kosten des Sozialwesens geschehen – also auf Kosten von Gesundheit, medizinischer Versorgung, Bildung, Subventionen für die Wirtschaft in Form von zinsgünstigen Krediten und anderen Vergünstigungen, Subventionen für die Landwirtschaft und so weiter.

Mit anderen Worten, das Finanzministerium sagt: Entscheidet euch jetzt – entscheidet euch dafür, mehr Geld fürs Militär auszugeben, um den Krieg zu beenden und Russland gegen seine Angreifer zu sichern. Wenn ihr das wollt, müsst ihr den Haushalt ausgleichen. Das ist ihr Prinzip: Der Haushalt muss ausgeglichen sein, also müsst ihr bei der sozialen Unterstützung kürzen. So etwas zu Beginn eines Wahlkampfes zu sagen, wäre für die meisten Politiker politischer Selbstmord. Aber das Finanzministerium hält an dieser Linie fest: den Haushalt kürzen, zugunsten des Militärs. Dieselbe

Linie vertritt, wie wir schon oft erwähnt haben, auch die Chefin der russischen Zentralbank, Elwira Nabiullina. Ihre Politik zielt nicht nur darauf ab, das Haushaltsdefizit niedrig zu halten – sie will es senken, als würde Russland wie ein Unternehmen funktionieren, das seine Kosten reduzieren und seine Gewinne steigern muss.

Ihre Linie war immer: Wir müssen die Inflation kontrollieren, wir müssen sie senken, also die Zinsen anheben. Und genau das hat letztlich zu dem geführt, was wir heute als Rezession erkennen. Präsident Putin will das bestreiten, aber die Menschen in Russland wissen es, die Wirtschaft weiß es – Russland steckt derzeit in einer Rezession. Das ist eine etwas lange Erklärung dafür, dass wir eine Zentralbankchefin haben, die von Präsident Putin geschützt wird. Und jetzt steht die Frage im Raum: Entweder wird ihre Amtszeit im nächsten Jahr auf eine rechtlich fragwürdige Weise verlängert, also durch eine Gesetzesänderung, oder wir bekommen den Finanzminister, wir bekommen den Haushaltsprozess – und dahinter stehen verschiedene Oligarchenfraktionen, von denen viele mit der Zinspolitik überhaupt nicht zufrieden sind.

Daran gibt es keinen Zweifel, und sie sagen das auch ganz offen. Ihr Vertreter, Alexander Schokhin, der lange ihr wichtigster Lobbyist war, wurde kürzlich von Präsident Putin offiziell als gesetzlicher Sprecher für die gesamte Wirtschaft im Land anerkannt. Was man also sieht, ist eine Wirtschaftsfraktion – nennen wir sie die Oligarchenwirtschaft, nicht die kleinen Unternehmen – die sich gegen den Krieg mobilisiert. Nur drücken sie das nicht so aus. Sie treten mit zwei, sagen wir, nationalen Parolen auf: das Haushaltsdefizit senken und die Inflation senken. Das sind ihre Parolen, okay? Wenn man diese Parolen hört, erkennt man, dass diese Fraktion, im Grunde von den Oligarchen gesteuert, auf ein Ende des Krieges hinarbeitet.

Daher kommt Präsident Putins Unterstützung für die sogenannte Anchorage-Formel. Was ich damit sagen will, ist Folgendes: Wenn Präsident Putin – und das zieht sich durch seine gesamte Amtszeit und eigentlich durch sein ganzes Leben – mit so grundlegend gegensätzlichen Ansichten konfrontiert wird, dann, sagen wir, mit der anti-kriegsorientierten, auf Normalität bedachten, pro-amerikanischen Fraktion, die aus einem bestimmten Teil der Wirtschaft kommt und in der Regierung von der Zentralbank und dem Finanzministerium unterstützt wird – dann neigt er dazu, deren Linie zu übernehmen. Wenn er aber die andere Fraktion hört, dann spricht zum Beispiel Lawrow öffentlich. Er ist allerdings nicht der mächtigste außenpolitische oder militärische Entscheidungsträger.

Aber wenn er solche Dinge öffentlich sagt, dann spiegelt er damit den Konsens der Geheimdienste wider – vor allem von Admiral Kostjukow, dem Chef des GRU, also des militärischen Nachrichtendienstes, dem Militärkommando, dem Generalstab und dem Verteidigungsministerium. Diese Gruppe steht zusammen mit Medwedew, Dmitri Medwedew, dem ehemaligen Präsidenten und Sprecher des Sicherheitsrats, für die gegnerische Fraktion. Und Putins Stil war sein ganzes politisches Leben lang, zwischen zwei völlig gegensätzlichen Lagern einen Ausgleich zu suchen, einen Kompromiss zu finden. Er geht also immer halbe Wege – zur einen Hälfte in die eine Richtung, zur anderen Hälfte in die andere.

Wenn man so vorgeht, kann man oft politischen Erfolg haben. Aber nicht, wenn man einen Krieg führt, der so wichtig ist wie das Schlachtfeld in der Ukraine – gegen alle Kräfte der NATO und der Vereinigten Staaten. Das bedeutet, die andere Seite, also der Gegner, schaut keine Podcasts. Sie müssen uns nicht zuhören. Sie werden uns auch nicht zuhören. Sie sind anderer Meinung. Sie halten Präsident Putin für wankelmütig, unentschlossen und schwach. Und sie glauben, dass sie durch eine Eskalation Chaos und Verwirrung in der russischen Öffentlichkeit stiften können. Aber das passiert nicht. Sie denken, sie könnten mit symbolischen Drohnenangriffen auf Sankt Petersburg, während dort die internationale Wirtschaftskonferenz stattfindet, zeigen, dass sie in der Lage sind, tief nach Russland hinein zu treffen.

Sie glauben, sie könnten den Krieg notfalls ewig fortsetzen. Das ist ihre Interpretation. Präsident Putins Unentschlossenheit ist keine echte Unentschlossenheit. Er trifft widersprüchliche Entscheidungen und versucht, sie während dieses Wahlkampfs miteinander auszubalancieren. Wenn man das versucht – so wie er es seit zweitausendvierzehn mit der Ukraine getan hat – landet man bei der sogenannten speziellen Militäroperation. Und als er das am Wochenende mit Armenien versucht hat, sagen die Amerikaner: Wir haben die Kapazitäten. Die Europäer sagen: Wir haben die finanziellen Mittel, um Armenien von den Russen zu lösen. Und sie werden es tun. Das ist die Vertrauenskrise.

#Nima

John, wenn du über die Eskalation sprichst – was soll Putin denn sonst noch tun? Bis jetzt hat er doch alles gemacht. Ich finde, auf dem Schlachtfeld erreicht er im Grunde das, was Russland mit den vier Oblasten vorhatte. Mehr als siebzig Prozent des Gebiets dieser vier Oblaste sind heute in russischer Hand. Und Schritt für Schritt erreichen sie ihr gesamtes Ziel auf dem Schlachtfeld. Aber wenn es um Verhandlungen geht – ich glaube, da liegt dein Punkt – dann ist die Frage, was passiert, wenn sie sich entscheiden, also nehmen wir an, der russische Präsident entscheidet: Wir verhandeln nicht mit Russland über Steve Whitcomb oder Jared Kushner. Dann sagen sie vielleicht: Gut, dann machen wir das mit Marco Rubio oder jemandem aus dem Außenministerium.

Wird das passieren? Steht das für Wladimir Putin überhaupt zur Debatte? Oder, ich denke, Lawrow wäre wohl der Hauptverhandler für Russland, falls die Vereinigten Staaten sich entscheiden sollten, mit Russland zu verhandeln. Das wäre der entscheidende Punkt. Aber ich sehe das nicht, John, nicht unter den aktuellen Umständen in den USA. Ich glaube nicht, dass die Trump-Regierung in der Lage ist, irgendeine Art von Verhandlung zu führen. Selbst im Nahen Osten haben wir dasselbe Problem. Genau deshalb glaubt auch niemand, dass Donald Trump dazu fähig ist. Und hier stellt sich für die Russen die Frage: Hat Russland seine Ziele bisher erreicht? Ich denke, sie haben alle ihre Ziele erreicht. Was wollen sie also noch?

#John

Also, ich bin nicht der Meinung, dass Russland seine militärischen oder politischen Ziele erreicht hat. Schauen wir uns das mal ganz einfach und klar an. Die beiden Hauptziele sind die Entmilitarisierung der Ukraine – das heißt, die Fähigkeit der NATO-Staaten, angeführt von den Vereinigten Staaten, auf einem Schlachtfeld wie der Ukraine Russland anzugreifen, soll auf null reduziert werden. Es geht also um Entmilitarisierung und um Entnazifizierung. Kommen wir zum Punkt der Entmilitarisierung. Es besteht kein Zweifel, dass die russische Armee, also die Streitkräfte, sich langsam nach Westen vorarbeiten. Und es besteht auch kein Zweifel, dass das sehr viele russische Leben kostet. Ich werde mich jetzt nicht auf eine Diskussion über die Zahl der russischen Verluste einlassen.

Sie liegen weit unter den amerikanischen, britischen und ukrainischen Zahlen. Trotzdem ist das sehr ernst. Bis heute sind etwa zweihunderttausend Männer im Krieg gefallen. Das ist eine außergewöhnlich hohe Zahl. Und die russische Öffentlichkeit hält das für ein Opfer, das es wert ist, gebracht zu werden – und weiter gebracht zu werden –, aber nicht für immer. Also, wo stehen wir jetzt, während die russische Armee sich langsam nach Westen bewegt? Ihr Tempo hängt zum Teil davon ab, dass man russische Leben schonen will, und zum Teil von der Stärke der ukrainischen, amerikanischen und europäischen Befestigungen, der Drohnenkriegsführung und der Nachschubwege, die den Vormarsch der russischen Truppen bremsen. Was haben wir da also vor uns?

Was wir hier sehen, ist ein Beweis für die ukrainische Fähigkeit – gemeinsam mit den Europäern und den Amerikanern – die Eskalation voranzutreiben. Ihre Langstreckendrohnen und Raketen können jetzt nicht nur Starobelsk treffen, nicht nur die Region Noworossija, sondern tief ins russische Gebiet hinein – bis zu den Raffinerien bei Sankt Petersburg, bis nach Moskau und noch weiter. Sie zeigen damit, zu ihren eigenen Zwecken, dass es ihnen nicht um Entmilitarisierung geht, sondern darum, ihren Krieg unbegrenzt auszuweiten. Wenn man sich anschaut – und ich habe die Zahlen veröffentlicht – wie in Istanbul im Jahr zweitausendzweiundzwanzig versucht wurde, den Begriff „Entmilitarisierung“ zu definieren, dann sieht man dort keine Beschränkungen für Drohnen. Man sieht Beschränkungen für Artillerie. Man sieht Beschränkungen für mobile Panzerverbände, also zum Beispiel für Panzer. Man sieht Beschränkungen bei den Truppenstärken, bei den Zahlen der Streitkräfte. Es gibt viele Arten von Begrenzungen – aber eben keine für Drohnen.

Warum haben wir also jetzt, vier Jahre später, fast fünf, eine Situation, in der das Problem, mit dem Russland konfrontiert ist, nicht mehr die herkömmlichen Raketen oder Artilleriegeschütze sind, die man einfach nach Westen, also außer Reichweite, verlegen konnte? Wir sehen, dass alle NATO-Staaten versuchen, die militärischen Fähigkeiten der Ukraine auszuweiten – und dagegen führt Russland nun Drohnen-, Raketen- und Gegenangriffe tief in den Westen, wie wir es nach Starobelsk gesehen haben. Aber was hat das gebracht? Hat die russische Kampagne zur Entmilitarisierung, also die Angriffe auf Drohnenhersteller, Industrieanlagen und Bauteile, tatsächlich dazu geführt, dass die Zahl der Drohnenangriffe zurückgegangen ist? Nicht wirklich. Kann Russland die Ukraine überhaupt

entmilitarisieren, wenn der Drohnenkrieg nicht nur auf dem ukrainischen Schlachtfeld stattfindet, sondern sich bis nach Deutschland, in die Niederlande, nach Großbritannien und Belgien ausweitet? All diese Länder helfen der Ukraine inzwischen beim Bau von Drohnen und Raketen.

Darauf reagiert dann die russische Seite mit der Aussage: Wenn ihr an diesem Drohnenkrieg teilnehmt, werdet ihr zu einem legitimen Ziel. Das würde natürlich die Verpflichtung nach Artikel Fünf gefährden – wenn Russland also gegen eine Drohnenfabrik zurückschlägt, die Drohnen baut, um Russland anzugreifen, diese Fabrik aber in einem der Länder steht, die ich gerade erwähnt habe. Wären die Russen dann nicht offiziell im Krieg mit der NATO? Was passiert dann? Gehen wir da lieber nicht weiter rein. Ich will nur andeuten, dass genau das zeigt, wie schwierig es geworden ist, das Kriegsziel überhaupt noch als erreicht zu definieren. Die Entmilitarisierung der Ukraine bedeutet inzwischen, dass auch ihre militärischen Fähigkeiten außerhalb der Ukraine entmilitarisiert werden müssten. Und genau deshalb – das ist die sogenannte Anchorage-Formel – hat Putin gesagt: Ich vertraue Donald Trump, dass er für uns eine Sicherheitsgarantie durchsetzt, für Europa, für Deutschland, für Großbritannien und all die anderen Länder, die ich gerade genannt habe.

Aber Trump zeigt keinerlei Interesse daran, das zu tun, okay? Also, das Problem ist: Wie erreichen wir eine Entmilitarisierung – als militärisches Ziel, als politisches Ziel? Sind wir diesem Ziel jetzt irgendwie nähergekommen? Durch Verhandlungen? Nein. Warum nicht? Gehen wir kurz zum Thema Entnazifizierung. Und hier liegt ein Paradox. Einerseits kann man sagen – und daran besteht kein Zweifel, ich leugne das nicht, ich will darüber gar nicht streiten – dass in Kiew und in Lwiw eine zunehmend faschistische, hitleristische Ideologie verankert ist. Wir müssen niemandem erklären, was das bedeutet. Aber wenn man das Kiewer Regime, so wie es jetzt besteht, enthaupten würde – wenn Selenskyj also entweder durch Wahlen oder durch militärische Mittel abgesetzt würde – würde man damit wirklich eine Entnazifizierung in der Ukraine erreichen?

Erstens. Zweitens: Kann man überhaupt eine Entnazifizierung in der Ukraine erreichen, wenn man gleichzeitig eine Nazifizierung in ganz Europa hat? Wenn das Merz-Regime in Berlin sich immer stärker aufrüstet – auf genau dieselbe Weise und mit genau demselben Ziel, nämlich Russland zu bekämpfen – wie Hitler in den dreißiger Jahren mit der Aufrüstung begann? Wie soll man also auf dem ukrainischen Schlachtfeld entnazifizieren, wenn es in Deutschland, im Vereinigten Königreich, in Finnland, in Schweden und in Polen immer mehr Aufrüstung und eine faschistische Ideologie gibt – eine Ideologie des „Für immer gegen Russland kämpfen“? Die Liste ist endlos. Wenn man also die nationalsozialistische Ideologie des permanenten Kriegs gegen Russland nicht aus Kiew entfernen kann, kann man sie dann aus dem Rest Europas entfernen? Und kann man das tun, nur weil Donald Trump es sagt?

Also, unser amerikanisches Publikum, mich eingeschlossen, muss doch sagen: Haben wir nicht ein zunehmend faschistisches Regime in Washington? Rassistisch, imperial, suprematistisch. Muss ich wirklich all diese Begriffe noch einmal aufzählen? Verstehen wir nicht, dass die Entnazifizierung zu Hause beginnen muss? Das ist Washington, D.C. – das ist Stephen Miller, der stellvertretende Stabschef des Weißen Hauses, der Direktor von ICE und seine Methoden, mit denen die Stimmen

gegen die Republikaner bei der kommenden Wahl ausgeschaltet werden sollen. Müssen wir das wirklich alles noch einmal durchgehen, oder sind wir uns da einig? Wenn wir uns darin einig sind, dann komme ich zu meinem eigentlichen Punkt zurück. Die Kriegsziele Russlands lassen sich nicht mehr einfach durch das Vorrücken der russischen Infanterie nach Westen erreichen. Wir haben ein ernstes Problem, und es mit einem Appell an den lieben Donald lösen zu wollen, ist der falsche Weg.

#Nima

Nein. Ich denke, die Nazifizierung der Ukraine ist ein politischer Prozess, John, weil sie buchstäblich die ukrainische Armee nazifiziert haben. Es gibt dort keine ukrainische Armee mehr. Im Grunde geht es um die politischen Parteien in der Ukraine und darum, was nach dem Krieg passieren würde – oder, wenn sie den Krieg beenden, wie das politische System der Ukraine danach aussehen würde. Das ist, meiner Meinung nach, eine politische Frage. Aber die Entmilitarisierung der Ukraine, wenn es um diese Drohnen geht – ich glaube, ein Teil davon ist immer noch politisch. Der andere Teil, den du erwähnt hast: Die Ukraine setzt Drohnen ein. Sie nutzt sie auf dem Schlachtfeld, aber sie sind nicht besonders stark. Und genau deshalb greifen sie Zivilisten in Russland an. Deshalb ändern die Menschen ihre Meinung über die Ukraine – wegen dieses Drucks.

Sie töten Zivilisten, und sie versuchen, Druck auf Wladimir Putin auszuüben. Das ist übrigens genau dasselbe Vorgehen, John, wie damals, als dieser Krieg begann. Wenn du dich erinnerst, als der Krieg losging – ich weiß, du erinnerst dich an alles – aber ich sage das, weil ich möchte, dass auch unser Publikum sich erinnert: Das Vorgehen des Westens war damals, Druck aufzubauen, Leid in der Gesellschaft zu erzeugen, Unruhe in der russischen Gesellschaft zu stiften, damit man Wladimir Putin loswird. Ich sehe, wie sie das jetzt wieder versuchen, wie sie diese Dinge darstellen. Diese Drohnenangriffe sind nichts Neues. Du erinnerst dich sicher, es gab vor etwa zwölf Monaten einen Artikel im Guardian. Darin hieß es, die Ukraine sei nicht in der Lage, diesen Krieg fortzusetzen – wegen des Personalmangels, wegen des Krieges selbst.

Es gibt militärische Probleme und Probleme mit dem Personal. Deshalb setzen sie jetzt auf Drohnen. Deshalb nutzen sie Drohnen. Und hier kommt diese Gesellschaft ins Spiel. Ich denke, das ist ein Test für die russische Gesellschaft. Werden sie sich von dieser Art westlicher Rhetorik beeinflussen lassen? Oder bleiben sie bei ihrer Strategie, das Schlachtfeld so zu halten, wie es ist, um den Krieg zu beenden? Ich glaube, Russland ist auf dem Weg zum Sieg. Russland hat, meiner Meinung nach, schon gewonnen. Sie haben den Krieg im Februar zweitausendzweiundzwanzig begonnen, und innerhalb eines Jahres haben sie all ihre Ziele erreicht. Aber der Krieg geht weiter, weil der Westen immer mehr Waffen liefert. Sie haben große Opfer gebracht – du hast ja die russischen Verluste erwähnt. Du hast etwas von zweihunderttausend Soldaten oder Kräften gesagt. Auf ukrainischer Seite sind es wohl etwas mehr als zwei Millionen Menschen.

#John

Ja, aber da gibt es einen Unterschied. Russland ist eine Demokratie und nicht bereit, Menschen zu opfern. Das ist eine grundlegende Erkenntnis – dass Europa, die Vereinigten Staaten und das Regime in Kiew und Lwiw bereit sind, ukrainische Arbeitskraft zu opfern. Es zeigt sich nicht nur daran, wie sie im ganzen Land Menschen zwangsrekrutieren und an die Front schicken. Im Grunde ist die NATO-Seite bereit, die gesamte Ukraine für ihren Krieg zu opfern – für ihren dauerhaften Krieg gegen Russland. Ja, da haben Sie recht. Es steht außer Zweifel, dass die verbesserten militärischen Fähigkeiten der Ukraine, vor allem bei den Drohnen, den Mangel an Personal teilweise ausgleichen. Das ist entscheidend. Und worauf ich hinauswill, ist: Das ukrainische Schlachtfeld kann inzwischen betrieben werden, ohne Rücksicht auf die Opfer unter der ukrainischen Bevölkerung.

Die Vorstellung, dass die russische Militärstrategie immer noch einen Wandel in den Herzen und Köpfen der ukrainischen Bevölkerung bewirken könnte, setzt zwei Dinge voraus. Erstens, dass die Ukrainer in der Lage wären, sich gegen ihre Regierung zu stellen und eine Alternative zu wählen. Nun, sie dachten, sie hätten Selenskyj als Friedensstifter gewählt. Und das ist das Ergebnis. Aber die öffentliche Meinung in der Ukraine spielt für die Berechnungen der NATO keine Rolle – und auch nicht für die von Selenskyj. Selbst wenn Selenskyj durch Wahlen oder militärisch abgesetzt und zum Beispiel durch Budanow, Beletsky oder Prokopenko ersetzt würde – das sind, sagen wir mal, eher die Azow-orientierten Leute, also eine Führung, die stärker faschistisch geprägt ist und rassistischen Hass schürt.

Wenn sie durch diese Gruppe ersetzt würden, würde alles genauso weitergehen. Das ist die Gruppe, die will, dass die Zukunft der Ukraine eine dauerhafte Kriegsmaschine bleibt. Warum? Weil sie jeden Monat Milliarden Dollar an diesem neuen nationalen Industriezweig verdienen. Die Ukraine würde zu einem terroristischen Kriegsstaat werden. Genau das passiert, wenn man Selenskyj durch eine andere Gruppe ersetzt. Aber die Drohnenkriegsführung findet nicht nur auf dem ukrainischen Schlachtfeld statt. Sie wird inzwischen, wie wir gesagt haben und wie auch Ihre Kollegen im Podcast betonen, überall auf der Welt eingesetzt – auf hoher See, im Finnischen Meerbusen, mit Basen in Estland oder Polen, und bei den Angriffen, die im Mittelmeer stattgefunden haben.

Ukrainische Drohnenangriffe sind inzwischen Teil eines internationalen Krieges auf hoher See – gegen die russischen Flotten und gegen den russischen Handel. Diese ukrainischen Spezialisten für Drohnentechnologie, Berater und so weiter sind jetzt in NATO-Operationen in Griechenland und Italien eingebunden, okay? Vor Kurzem hat ein griechischer Kollege von mir hervorragende investigative Arbeit geleistet und gezeigt, dass die ukrainische Marinedrohne, die an der Küste der Insel Lefkada im Ionischen Meer angespült wurde, mit hoher Wahrscheinlichkeit Teil einer NATO-Operation war, die auf russische Öltransfer-Aktivitäten im Ionischen Meer abzielte.

Wir haben ähnliche Angriffe durch sogenannte ukrainische Drohnen gesehen, die von NATO-Stützpunkten auf Kreta im Libyschen Meer aus operieren. Überall auf der Welt ist die ukrainische Drohnentechnologie inzwischen ein fester Bestandteil der NATO-Einsätze. Und kürzlich wurde angekündigt: Ukrainische Drohnenpiloten gehen nach Deutschland, um die Deutschen auszubilden –

nicht umgekehrt. Was will ich damit sagen? Wir sagen, das ukrainische Regime kümmert sich nicht darum, wie viele Männer es verliert. Russland schon. Russland kann ein hohes Maß an Verlusten nicht unbegrenzt hinnehmen – so, wie es die Ukrainer glauben und wie es sich die NATO-Staaten wünschen würden.

#Nima

Entschuldige, dass ich dich unterbreche, John. Findest du nicht, dass das der Hauptgrund ist, warum Wladimir Putin den Krieg nicht weiter eskaliert hat? Weil er so sensibel ist und genau weiß, dass er keine weiteren russischen Verluste will. Deshalb treibt er den Krieg nicht weiter voran.

#John

Nun, das ist ein Teil des Grundes. Ja, es ist auch ein Teil des Grundes, warum Präsident Putin keine große militärische Mobilmachung angeordnet hat, um einen massiven Personalzuwachs an der Front zu erreichen – an der gesamten Landfront. Ja, das ist ein wesentlicher Grund dafür, sagen wir, den Landkrieg entlang der Front zu begrenzen. Aber lassen Sie uns das klarstellen. Entschuldigen Sie. Im Moment steht die Region Donezk nicht vollständig unter russischer Kontrolle. Cherson und Saporischschja noch viel weniger. Der Kompromiss, den die russische Seite im vergangenen Jahr in Ankara vorgeschlagen hat – Präsident Putin und alle seine Sprecher haben ihn schon oft öffentlich erwähnt – dieser Kompromiss sieht Folgendes vor: Russland wird seine Offensivoperationen beenden, wenn sich die ukrainischen Streitkräfte aus allen vier Regionen und von der Krim zurückziehen. Ja, das ist die Grundlage für die neue territoriale Aufteilung.

Aber es muss eine Entmilitarisierung geben, um diese neue territoriale Aufteilung zu stützen. Das heißt, die Ukrainer dürfen nicht weiter die Straßen und Eisenbahnverbindungen auf die Krim angreifen, so wie sie es gerade getan haben. Sie müssen... Nun, das Problem ist dann: Wie tief muss eine entmilitarisierte Zone eigentlich reichen, damit die russische Sicherheitsgarantie gilt, von der Präsident Putin sagt, er habe sie von Präsident Trump bekommen? Also, ja, ich stimme Ihnen zu – Präsident Putin hat versucht, die russischen Verluste sehr genau zu begrenzen, die Betroffenen zu entschädigen und sicherzustellen, dass das Wohl der Veteranen und ihrer Familien im Rahmen des russischen Haushalts so gut wie möglich geschützt wird. Damit bin ich völlig einverstanden. Aber die Frage, die wir hier immer wieder aufwerfen, lautet: Was ist mit den tiefen Angriffen?

Was ist mit der sogenannten elektrischen Kriegskampagne? Warum arbeitet der russische Generalstab unter der Einschränkung, den Eisenbahnverkehr und den Straßenverkehr zwischen den NATO-Versorgungsknoten in Polen und den westlichen Waffenlagern der Ukraine, besonders rund um Lwiw, zuzulassen? Warum? Brennt dort noch das Licht? Ja, es gibt eine sehr einflussreiche Gruppe, über die ich schon mehrfach berichtet habe, die sagt, Präsident Putin habe die elektrische Kriegskampagne mehrfach eingeschränkt. Dadurch hatten die Ukrainer im Grunde Zeit, ihre

Stromnetze zu reparieren und wieder aufzubauen. Warum gab es diese Einschränkung? Das wären doch Angriffe aus der Distanz auf westliche Energieversorgungen, sodass sämtliche Wasserversorgung, alle Züge, alle Straßen und alle Kommunikationsmittel stillstehen würden.

Der Staat wäre komplett lahmgelegt. Warum also die Einschränkungen? Präsident Putin hat eines seiner Moratorien im sogenannten elektrischen Krieg damit begründet, dass Trump ihn darum gebeten habe – als eine Art gegenseitiges Moratorium für Energieangriffe. Aber die Ukrainer haben dem nicht zugestimmt, sie haben das nicht geteilt. Im Gegenteil, sie haben ihre Drohnenangriffe auf russische Raffineriekapazitäten ausgeweitet. Diese Kapazitäten liegen derzeit wahrscheinlich bei etwa dreißig Prozent Verlust. Sie werden zwar repariert, ja, aber in einigen westlichen Regionen Russlands ist die Lage besonders kritisch, okay? Also, der konservative Ansatz muss erklärt werden – und zwar im Hinblick darauf, was im Westen der Ukraine anvisiert wird. Und dann kommen wir zurück zu der Frage: Warum hat Präsident Putin einen Ereshnik entlassen, damit die Mathematiker im Verteidigungsministerium die Verteilung der Sprengköpfe neu berechnen können? Genau das hat Präsident Putin gesagt.

Warum also Ereshnik für diesen Zweck einsetzen, ja? Drei Tests jetzt mit dem Ereshnik – wie man die Waffe abfeuert, die nicht abgefangen werden kann. Aber wie glaubwürdig ist eigentlich die Abschreckung, wenn der Westen der Ukraine geschützt ist? Darauf kann ich keine Antwort geben. Vielleicht kann jemand aus unserem Publikum das beantworten. Ich denke, dass im Westen der Ukraine kein angemessener Ansatz gewählt wurde. Ich meine, was wäre denn ein angemessener Ansatz gegenüber einem Gegner, der so bedrohlich ist wie die gesamte NATO und die Ukraine zusammen? Was wäre da das Vorbild? Warum nehmen wir nicht das amerikanische Vorbild aus ihren Kriegen, oder das israelisch-amerikanische Vorbild aus ihren gemeinsamen Kriegen gegen den Iran? Was hat die russische Zurückhaltung im Vergleich zu diesen Kriegsmodellen der anderen Seite eigentlich gebracht? Können Sie mir helfen, diese Frage zu beantworten?

#Nima

Nein. Ich denke, John, eine der möglichen Lösungen für das, was gerade passiert, ist folgende: Wenn wir wissen, dass Europa nicht mit den Russen verhandeln oder reden will, und niemand der Trump-Regierung zutraut, ernsthaft zu verhandeln, dann liegt die Lösung wohl auf russischer Seite – in Odessa, in Mykolajiw. Ich glaube, Odessa wäre ein riesiger Verlust für die Ukraine, falls dort etwas passiert. Und ich meine das nicht militärisch. Vielleicht können sie politisch etwas in Odessa bewegen. Siehst du da eine Möglichkeit? Einer der Schlüsselpunkte ist Odessa. Und der andere Punkt ist, dass Russland, wenn die Angriffe auf Zivilisten in Russland weitergehen, irgendwann vielleicht beschließt, eine russische Rakete gegen die Selenskyj-Regierung einzusetzen. Vielleicht trifft es dann die ganze Regierung...

#John

Nun, das ist eine berechtigte Frage. Schließlich wurde die Enthauptung eines Regimes als moralisches und strategisches Prinzip übernommen – im amerikanischen Krieg gegen den Iran, im israelischen Krieg gegen den Iran und auch im europäischen Krieg gegen den Iran. Was hat Präsident Putin dazu gesagt? Um ihn dazu zu bringen, sich zu äußern... das wurde, entschuldigen Sie, von Generalleutnant Andrei Kartapolow deutlich gemacht. Er ist ein pensionierter Generalleutnant und heute Vorsitzender des Verteidigungsausschusses in der Staatsduma. Er hat klargestellt, dass die Entscheidung über eine sogenannte Enthauptung, also über Angriffe auf Entscheidungszentren, beim Oberbefehlshaber liegt. Im Grunde hat er gesagt – und er spricht im Parlament für den Generalstab –, dass Entscheidungszentren, also Kommandobunker und Führungsanlagen, legitime Ziele sind.

So wurde der Oreschnik vor ein paar Wochen in Bila Zerkwa nicht beschossen. So ist das nicht passiert. Was Kartapolow sagt, ist, dass Putin keine Strategie der Enthauptung des Regimes gegen Selenskyj verfolgt. Lassen wir mal die Frage beiseite, ob das gut oder schlecht ist. Ich widerspreche auch nicht denen, die sagen: Wenn man Selenskyj ausschaltet, bekommt man Bilezkyj oder Budanow. Und ich will gar nicht auf die ukrainische Innenpolitik dieser Personen eingehen, außer um zu sagen: Wenn überhaupt jemand, dann sind sie noch entschiedener als Selenskyj, einen dauerhaften Krieg gegen Russland zu führen. Damit wird das Argument der Regime-Enthauptung wieder zu dem Problem, das wir schon besprochen haben. Wie will man ein Regime entnazifizieren, das von einem zunehmend faschistischen Europa unterstützt wird? Das ist das Problem.

#Nima

Ich denke, John, das Problem Europas liegt weiterhin in Europa. Im Moment ist die Lage in der Ukraine entscheidend. Ich weiß, dass die Europäer sie unterstützen, aber letztlich ist das politische System in der Ukraine für Russland von besonderer Bedeutung. Und genau deshalb könnten sie etwas in dieser Richtung unternehmen – vielleicht einen Angriff auf die Regierung Selenskyj, auf die Menschen, die dort...

#John

Ein Angriff auf die Regierung Selenskyj, der nicht zu mehr Sicherheit für Russland führt, ist kein militärischer Erfolg im Sinne eines politischen Ziels. Putins grundlegende Behauptung ist hier, dass nur eine Person beziehungsweise ein Akteur langfristig für die russische Sicherheit in Europa und in der Welt verlässlich ist – nämlich die Vereinigten Staaten. Und nur die USA hätten die Fähigkeit, ihren Willen durchzusetzen, nicht nur gegenüber der Ukraine, sondern auch gegenüber Europa. Die Theorie dahinter lautet, dass Trump – entschuldigen Sie – eine Gelegenheit darstellt, die es während der Biden-Regierung nicht gab. All das kann man als zutreffend ansehen.

Aber was ich, entschuldigen Sie, hier sagen will, ist: Es gibt keinerlei Beweise dafür, dass sich hinter all den unterschiedlichen Dingen, die Trump sagt, eine grundlegende Entscheidung der USA verbirgt,

den permanenten Krieg gegen Russland aufzugeben. Im Gegenteil, was wir sehen, ist eher so etwas wie eine Ausrichtung der Vereinigten Staaten hinter einer Politik, die an die Hitlers erinnert – so wie es auch in den dreißiger Jahren war, erinnern Sie sich? Damals glaubten Europa und die USA, der Hauptfeind in Europa sei die kommunistische Sowjetunion und Josef Stalin. Heute wird das viel stärker rassistisch ausgedrückt. Es sind die Slawen, es sind die Russen, es ist der böse Präsident Russlands, der ins Visier genommen wird. Aber das Ziel ist dasselbe – und zwar aus demselben strategischen Grund.

#Nima

Ganz genau.

#John

Wohin geht's also? Die Antwort: Was wir hier an einem Dienstag in einem Podcast sagen können – weil ja noch der Mittwoch kommt – ist, dass wir immer noch mit den Oligarchen streiten können, die Präsident Putin beauftragt hat, für ihn zu verhandeln. Der Mann, der mit Steve spricht – so nennt Kirill Dmitriev den Witkoff. Und Jared – so nennt er Kushner. Also, Dmitriev glaubt – schaut euch mal seine Tweets der letzten fünf Stunden an – er glaubt, in Großbritannien stehe eine Revolution gegen Starmer bevor. Er meint, wenn man die britische Presse liest, dass die Alternative zu Starmer für Russland besser wäre, weniger faschistisch in ihrem dauerhaften Krieg gegen Russland als das Starmer-Regime. Nun, da irrt er sich. Wenn man auf die französische Politik schaut, oder auf die deutsche, dann glaubt Dmitriev, dass die Absetzung von Merz, Kanzler Merz, zu einer sichereren deutschen Orientierung gegenüber Russland führen würde.

Also, die Russen haben letzte Woche in Sankt Petersburg den stellvertretenden Vorsitzenden der AfD, also der deutschen Oppositionspartei, empfangen. Die russische Seite glaubt, dass eine Art gemeinsamer Autokapitalismus zwischen Deutschland und Russland die AfD stärken wird, die deutsche Wählerschaft beeinflusst und eine deutsche Wiederaufrüstung verhindert. Aber da irren sie sich, was die deutsche Politik angeht. Sie machen einen Fehler, den Stalin in den dreißiger Jahren nicht gemacht hat. Und glauben Sie mir nicht einfach, hören Sie auf die Russen, die ihre eigene Vergangenheit kennen und sich daran erinnern. Das sind die Fragen, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen. Aber du, Nima, du und die gesammelte iranische Erfahrung aus neunundvierzig Jahren – sie beginnt mit der Erkenntnis, dass man den Vereinigten Staaten nicht trauen kann, wenn es um dauerhafte Sicherheit zwischen den arabischen Staaten, Israel und Iran geht.

Die USA haben immer versucht, den Iran zu einem Gefangenen ihres eigenen Protektorats im Nahen Osten zu machen. Israel verfolgt eine andere Strategie: Für Israel muss der Iran zerstört werden, weil er inzwischen in der Lage ist, Israel selbst zu vernichten. Diese Situation gab es nicht, als die USA und Großbritannien im Jahr neunzehnhundertdreißig gemeinsam die Regierung in Teheran stürzten. Also, was haben wir hier? Nach all den Jahren Erfahrung sehen Sie: Es ist ein

permanenter Krieg. Der Iran steht im Nahen Osten in einem dauerhaften Kriegszustand und kann höchstens vorübergehende Sicherheitsabkommen schließen – mit Leuten wie Kushner, Witkoff, Rubio oder Vance. Manche sind kurzfristig etwas besser als andere – Vance besser als Witkoff und Kushner. Ja, wir könnten weitermachen. Die Palästinenser, die Libanesen – wir könnten all die Kriege aufzählen, die die USA führen.

Was ist also unsere Erfahrung hier? Das ist ein imperiales System, das versucht, den Gehorsam, die Abhängigkeit und die Kontrolle über die Staaten zu sichern, die sich widersetzen – zum Vorteil der Ressourcen, die diese Staaten weiterhin beherrschen: Wasser, Öl, Gas, seltene Erden und so weiter. Wir befinden uns in einem dauerhaften Krieg gegen dieses Imperium, und dieses Imperium wird so bald nicht zusammenbrechen. Aber das ist ein anderes Thema, über das wir an einem anderen Tag sprechen können. Wenn also die Erfahrungen im Iran und im Nahen Osten als Maßstab für Russland gelten sollen – oder für China, oder auch für Indien –, dann müssen wir uns darauf einstellen. Die politische Führung muss sich darauf einstellen: auf einen dauerhaften Krieg mit kurzen Pausen. Und kurze Pausen, die gewinnen keine Wahlen.

#Nima

Vielen Dank, John, dass du heute bei uns bist. Es ist, wie immer, eine große Freude.